

Öffentliche Sitzung
 des Verwaltungsausschusses/Eigenbetriebsausschusses/
 Klima-, Umwelt-, Energie- und Bauausschusses/Betriebsausschusses für Stadtentwässerung
am Mittwoch, den 01.02.2023
 im Leutze-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:06 Uhr

Ende: 20:43 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Bürgermeister Julius Mihm

Gast

Herr Stadtrat Johannes Barth

CDU

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Herr Stadtrat Martin Bläse

Herr Stadtrat Helmut Geiger

bis 20:05 Uhr.

Herr Stadtrat Simon Ihlenfeldt

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Christof Preiß

bis TOP 2.

Herr Stadtrat David Sopp

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Herr Stadtrat Georg Zimmermann

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Sabine Braun

Herr Stadtrat Markus Hirsch

Herr Stadtrat Karl Miller

Frau Stadträtin Dr. Ina Neufeld

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

SPD

Herr Stadtrat Gerhard Bucher

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

Die Linke

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele

FDP/FW

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Josef Heissenberger

Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

Verwaltung

Herr René Bantel

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Zeno Bouillon

Herr Helmuth Caesar

Herr Gerhard Hackner

Herr Markus Herrmann

Frau Sibylle Klaus

Frau Chiara Kriz

Herr Helmut Ott

Frau Franka Zanek

Gast

Herr Stadtrat Ludwig Majohr

Abwesend:**stellv. Vorsitzender**

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Barbara Bijok

SPD

Herr Stadtrat Alessandro Lieb

Die Linke

Frau Stadträtin Cynthia Schneider

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-
Streit

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

Tagesordnung

=====

- 1** Grüne Urbanität öffentlicher Raum Innenstadt Schwäbisch Gmünd
hier: Leitlinien zur nachhaltigen Freiraumentwicklung
- 2** Technische und energetische Hallenbewertung 2022
- 3** Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 234 F II "Goldmorgen, 2. Änderung", Gemarkung Bettringen
- Aufstellungsbeschluss und Billigung Vorentwurf
- 4** Radweg Schwäbisch Gmünd - Mutlangen
hier: Vergabebeschluss
- 5** Bekanntgaben
- 5.1** Monitoring von Pflanzgeboten und Ausgleichsmaßnahmen
- 6** Anfragen

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

**zu 1 Grüne Urbanität öffentlicher Raum Innenstadt Schwäbisch Gmünd
hier: Leitlinien zur nachhaltigen Freiraumentwicklung
Vorlage: 011/2023**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold und Herr Bouillon führen in den Sachverhalt ein.

Oberbürgermeister Arnold begrüßt Herrn Morawitz vom HGV, Herrn Schoell als Vertreter der Einzelhändler und äußert, dass Herr Barth von Pro Gmünd später dazustoßen werde.

Herr Köber stellt die Präsentation vor (siehe Anlage).

Herr Schoell äußert, dass man die Frequenz in der Stadt benötige. Man erleide Frequenzarmut, wenn es besonders heiß sei. Daher benötige man auch den Zugang zur Stadt. Die Bewässerung sei daher sehr interessant. Wichtig sei aber auch, dass die Veranstaltungen wie Stadtfest oder italienische Nacht stattfinden würden. Man sei jedoch kein Handels- und kein Veranstaltungsexperte. Je mehr man dies abschneide, desto mehr verliere man an Umsatz. Die Stadt lebe auch vom Handel.

Herr Morawitz führt aus, dass man sich in einem Umwandlungsprozess befinde, bei dem sich die Stadt neu erfinden müsse. Es gehe um die Steigerung der Aufenthaltsqualität. Es komme zu einer Neubewertung für den Einzelhandel. Wichtig sei, dass die Gastronomie und der Einzelhandel gestärkt aus dem Transformationsprozess herauskommen würden. 90 bis 95% bei der grünen Urbanität seien völlig unstrittig. Es gehe um eine Kompromissfähigkeit. Er habe heute zufällig die Stellenausschreibung von der Firma Family Office gesehen. Dort werde gesagt, dass es um die Neukonzeption urbaner Gebiete gehe.

Herr Schoell äußert, je schwerer der Zugang zu Parkplätzen sei, desto mehr würden sich die Kunden abwenden. Man könne den Kunden nicht erziehen, sondern der Kunde werde dann die Angebote aufsuchen, die attraktiver seien.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für die Ausführungen und weist auf den interfraktionellen Antrag hin.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für den umfangreichen Bericht. Herr Köber habe sich intensiv damit beschäftigt. Er sei froh, dass er mit der Planung beauftragt sei. Man müsse auch die anderen Quartiere betrachten. Die Innenstadt müsse lebenswerter und attraktiver werden, dies sei nicht mit ein paar Bäumen getan. Man müsse alle Bereiche einbeziehen. Man habe viele versiegelte Pausenhöfe in der Innenstadt. Auch

die Stadtwälder würden dazugehören, man müsse alles vernetzen, nur dann habe man das Ziel erreicht. Die Mobilität ändere sich und den Wandel müsse man nutzen. Es sei ein Wandel und man stehe am Anfang. Man müsse Umgestaltungen machen, hier müsse man miteinander sprechen. Man müsse in die Innenstadt hineinfahren können, manche Bereiche müssten ohne Verkehr sein. Handel und Gewerbe müssten funktionieren. Man habe ein gemeinsames Ziel, man müsse es nur umsetzen. Auch Parkplätze könne man nicht einfach so wegnehmen, ohne eine Alternative zu haben. Außerdem müsse man alle mitnehmen, das bürgerschaftliche Engagement sei sehr wichtig. Man müsse die Privatleute auch mitnehmen, sodass auch die Vorgärten gestaltet werden würden. Wichtig sei, dass ein Pflegebaum für die Bäume vorhanden sei. Für den Marktplatz habe man eine Lösung gefunden, mit der viele klarkommen würden. Beim Johannisplatz sei die Bühne eingezeichnet. Dies sei richtig und man müsse auch pragmatisch denken, auch mobile Lösungen seien in diesen Bereichen denkbar. Man müsse es im Großen und nicht politisch oder ideologisch sehen. Bei den Baumquartieren sei er sich nicht sicher, ob alle ihren Platz finden würden wie eingezeichnet. Man solle es gemeinsam angehen und schnellstmöglich starten.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen findet, dass Herr Köber richtig Lust auf grünes Wohnen in der Stadt gemacht habe. Er wiederholt daher seine Ausführungen zur letzten Präsentation nochmals. Herr Köber habe aufgezeigt, dass grünes und urbanes Leben kein Widerspruch sein müsse und auch nicht sein dürfe. Man habe andere Voraussetzungen als vor 20 Jahren und müsse sich diesen stellen und geeignete Antworten darauf finden. Er hebt zunächst die positiven Bereiche hervor. Die Katharinenstraße könne man sich gut vorstellen, man solle Variante 4 direkt umsetzen und eine Einbahnstraße vorsehen. Wenn man etwas investiere, könne man sich drei Stufen nicht leisten. Man solle mutig vorgehen. Bei 95 Prozent sei man sich einig. Die Vorgärten, bspw. in den Schmiedgassen seien ebenfalls positiv. Es sei passend eingeplant. Beim Stadteingang Ost müsse man ein Gegengewicht zu dem Vorhandenen schaffen. Man müsse gewichtige grüne Elemente einsetzen. Gut sei auch, dass Herr Köber gesagt habe, dass mobiles Grün nicht die Wirkung habe. Die Förderung privater Initiativen wäre auch wichtig. Viele Flächen seien in privater Hand. Es gebe zwei Dinge, über die man sich im Gemeinderat nochmals intensiver unterhalten müsse. Die Stadt Aalen biete eine Förderung für privates Grün in der Innenstadt, dies könne man ebenfalls einführen. Außerdem gebe man viel Geld für öffentliches, städtisches Grün aus. Es könne nicht egal sein, dass privates Grün in wichtigen innerstädtischen Bereichen entfernt werde. Stuttgart habe eine Baumschutzverordnung, hier müsse man keine Angst davor haben. Man solle sich hierüber nochmals unterhalten. Ein Baumdach bringe im heißen Sommer etwas. Auf dem Marktplatz habe sich im Sommer niemand aufgehalten. Man solle es nochmals offen diskutieren. Man benötige Verschattung, eine wirksame Verschattung müsse von außen kommen. Eine Erhitzung müsse vermieden werden. Das Münster müsse freigestellt sein, es entfalte nur die Wirkung, wenn es nicht von Bäumen umringt wäre. Hier sei er für die vorgeschlagene Lösung. Der Marktplatz habe sehr beengt gewirkt. Man könne das, was ein Baum leiste, nicht ersetzen. Bei der letzten Planung seien es 15 Bäume gewesen, jetzt nur sieben. Dies bedauere man.

Stadtrat Schwab/SPD bedankt sich für Präsentation. Der Beschluss der integrierten Planung sei richtig und wichtig gewesen. Es sei eine Grundlage für alle Fokusbereiche. Die Fraktion wolle mobiles Grün möglichst vermeiden. Die aufgestellten Bäume seien wenig attraktiv gewesen und hätten auch für das Mikro-Klima nichts gebracht.

Er erkundigt sich, ob alle Baumstandorte bereits geprüft worden seien. Was wolle man konkret umsetzen und priorisieren? Man müsse weg von der autogerechten Stadt, in der man lebe und hin zu einer klimaangepassten, lebenswerten Stadt. Das Argument aus der Perspektive des Historikers werde oft hervorgebracht mit der Argumentation, dass man das historische Stadtbild nicht verändern dürfe und der Marktplatz kein Wald sei. Man habe durch menschliches Handeln den Klimawandel hervorgerufen und müsse sich daher anpassen. Daher müsse man mutig sein und müsse Neues wagen und dürfe nicht sagen, weil der Stadtraum in den letzten 50 Jahren so ausgesehen habe, solle er auch künftig so aussehen. Bei den Fokusbereichen seien 95 Prozent unstrittig. Die Katharinenstraße sei eine mutige und gangbare Planung, man freue sich auf die Umsetzung. Nicht mehr so ganz glücklich sei man mit dem Marktplatz. Hier habe es schon eine Planung mit einer Baumreihe gegeben. Diese erscheine der Fraktion angemessen. Diese würde Aufenthaltsqualität schaffen und würde Handel, Gewerbe und Gastronomie helfen. Beide Seiten müssten kompromissbereit sein. Man wolle Bäume auf dem Marktplatz, gerne in Kombination mit Wasserelementen. Man halte es nicht für einen Fehler, dass die Präsentation damals im Ausschuss gemacht worden sei, sondern man halte es für ein mutiges Aufzeigen von Entscheidungsalternativen. Die Idee der Bushaltestelle halte man für sehr vielversprechend. Der Münsterplatz sei ein sehr sensibler Bereich. Die grünen Fugen würden toll aussehen, man müsse aber schauen, inwieweit dies finanziell umsetzbar sei. Beim Johannisplatz solle man die alten Baumquartiere wieder vorsehen, bei Veranstaltungen wie der Staufersaga könne die Tribüne dann eben nur bis zur Bocksgasse reichen. Man wolle mehr Qualität auf das Klima legen und müsse Veranstaltungskonzepte anpassen. Man halte die Schmiedgassen für eine vielversprechende Planung. Menschen, die mit dem Auto in die Stadt kommen würden, könnten das Parkhaus nutzen. In den Schmiedgassen müsse kein Verkehr stattfinden, hier könne man sich auch andere Nutzungen vorstellen. Es seien insgesamt tolle Planungen und man werde einen großen Schritt voranmachen. Man solle sehr schnell in die Umsetzung kommen.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE äußert, dass er sehr froh sei, dass man nicht über das „Ob“, sondern v.a. über das „Wie“ diskutiere. Er stimme Stadtrat Bläse und den anderen Rednern zu: Man müsse schnell vorangehen. Leider habe man durch zurückliegende Diskussionen, die zum Teil nicht sehr zielführend geführt worden seien, z.B. „kein Wald auf dem Marktplatz“, sehr viel Zeit verloren. Man hätte sehr viel früher starten können. Die Forderung der Fraktion gebe schon lange, dass man in Planungen, die nun vorliegen würden, einsteige. Er lobt Herrn Köber. Man freue sich sehr darauf und es sei sehr gut, was er vorschlage. Es seien viele Dinge enthalten, was auch im interfraktionellen Antrag lebenswerte Altstadt enthalten sei. Man müsse neue Antworten finden und das Thema Mobilität denken. Man müsse aber auch zulassen, dass man es neu denke. Es gehe auch um Baumstandorte und das Thema schwinde mit, dass es um Parkplätze gehe. Niemand im Gemeinderat habe im Sinne, dass man nicht mehr in die Parkhäuser fahren könne. Dies müsse weiter sichergestellt sein. Es gehe nun darum, lasse man es zu, man sei hier festen Willens, es zu tun und mehr Grün in die Stadt zu bringen, um auf den Klimawandel eine Antwort zu geben. Bei der Aaleiner Straße sei eine riesige Asphaltwüste vorhanden und es gebe historische Bilder, wie man es früher einmal hatte. Es sei eine Aufgabe, die man dringend angehen wolle. Die Fraktion sei tendenziell der Auffassung, dass man auch mal etwas Neues zulassen und mutiger sein müsse. Auch die Artenvielfalt sei wichtig. Die mobile Lösung sei nicht gut umgesetzt worden. Um mehr Aufenthaltsqualität im Sommer zu haben,

brauche es mehr Grün und auch bei Veranstaltungen dürfe man nicht darauf beharren, dass es schon immer so gewesen sei. Man müsse schauen, dass man es vereine. Es sei nicht gut, dass man das eine gegen das andere ausspiele. Man habe nur wenige Veranstaltungen im Vergleich zu vielen heißen Sommertagen. Hier gebe es viele Möglichkeiten, auch hochspannige Bäume. Ein Wasserspielplatz ohne Bäume und Beschattung werde auch schwierig sein. Er würde ein Förderprogramm wie in Aalen ebenfalls begrüßen, da viele Bereiche in der Altstadt in Privatbesitz seien. Man solle versuchen, es mit Anreizen zu beschleunigen. Oberstes Ziel müsse sein, mehr Bäume in die Stadt zu bringen. Man solle diskutieren, wie man einen verbindlichen Weg hinbekomme und es auch im Haushalt entsprechend berücksichtigen. Man dürfe nicht nur planen, sondern müsse auch in die Umsetzung kommen.

Herr Schoell äußert, dass es nicht nur darum gehe, eine Zufahrt zum Parkhaus zu gewährleisten. Man müsse es dem Individualverkehr einfach machen. Man dürfe nicht schwarz/weiß denken, sondern im Sinne von Shared Space. Zu der Verträglichkeit von Veranstaltungen und Bäumen äußert er, dass man hier Veranstaltungsexperten fragen solle. Der Weihnachtsmarkt lebe von einem großen, zentralen Event. Wenn man die Stände verteile, funktioniere es aus seiner Sicht nicht. Der HGV wolle möglichst viel Frequenz und dies erreiche man durch Veranstaltungen.

Herr Köber äußert, dass der Marktplatz dann nicht mehr befahrbar sei.

Herr Herrmann äußert, dass man attraktive Veranstaltungen zusammen mit den regionalen Partnern biete. Beim Stadtfest habe man alle Gassen, auch die Seitengassen, belegt. Man könne gerne im Detail eingehen. Man suche nach Kompromissen und stehe mit den Partnern in Kontakt. Man mache es sich nicht einfach und es gebe keine simplen Antworten. Das Wasserspiel wäre ein Alleinstellungsmerkmal für die Stadt. Man solle das umsetzen, was man umsetzen könne und könne die Details gerne nochmals erklären.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen bedankt sich für die Schaffung des Bewusstseins für urbanes Grün. Man habe sich viel Mühe gegeben und Vorschläge unterbreitet. Beim Marktplatz sei die Idee des Bushalteshäuschens sehr spannend. Wichtig seien der Wasserspielplatz und die Bäume. Der Wasserspielplatz sei eine ganz tolle Sache, es sei eine sehr gute Attraktion für Kinder und Familien. Auch in anderen Städten, bspw. den Partnerstädten, gebe es Wasserspielplätze ohne Bäume. Die Kinder hätten großen Spaß, wenn sie sich an heißen Tagen dort aufhalten könnten. Der Sommer sei eine Jahreszeit von vier. Wenn man den Platz so bespiele im Sommer, habe man eine Abkühlung. Außen herum könne man für die Gastronomie Sonnenschirme aufstellen. Man solle über solche Investitionen nachdenken. Man solle Veranstaltungen nicht aus dem Fokus verlieren. Man habe einen der schönsten Marktplätze, er sei einzigartig. Man solle daher einen Kompromiss eingehen. Man habe auch den Brunnen, sie plädiere für diese Version mit dem Wasserspielplatz. Veranstaltungen seien wichtig. Es müsste gewährleistet sein, dass Lastwagen auf den Marktplatz fahren können. Außerdem sei die Zentralität sehr wichtig. Bei der Katharinenstraße sei ein Kreisverkehr angedacht, dies sei eine tolle Sache. Wenn die Linksabbiegespur wegfalle, benötige man diesen auch. Hier sei die Frage, was es koste, da man es auch im Haushalt aufnehmen müsse. Es sei letztlich eine Frage der Priorisierung. Bei der Bocksgasse seien die unterschiedlichen Baumarten gut. Auch auf dem Johannisplatz müssten größere Veranstaltungen möglich sein. Beim Münsterplatz würden ihr die

Rillen nicht gefallen. Grün sei gut, müsse aber nicht an jeder Stelle sein. Bei den Schmiedgassen sehe sie die hohen Bäume kritisch. Die Aalener Straße müsse man unbedingt angehen- Wichtig sei auch, dass man die Bäume pflege. Es sei wichtig, dass man auch ein Bewusstsein im privaten Bereich habe. Man müsse die Leute mitnehmen. Den Zuschuss von Aalen habe sie bereits in der Haushaltsrede erwähnt, man solle über Anreize nachdenken.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste bedankt sich ebenfalls für die Präsentation. Es seien viele unstrittige Punkte darin enthalten. Wichtig sei, dass das Wasser eine sehr gute Aufenthaltsqualität habe, dies sehe man auch am Himmelsgarten. Auch die Gastronomie und der Handel würden Aufenthaltsqualität schaffen. Montagabend gebe es wenig Frequenz in der Stadt. Man müsse Prioritäten vornehmen, für sie hätten Wasserspielplätze Priorität.

Stadtrat Barth/CDU äußert in der Funktion als Vertreter von Pro Gmünd, dass die Gastronomie Aufenthaltsqualität habe. Ob die Stadt attraktiver werde, hänge von vielen Faktoren ab. Das Wasser bringe Familien, dies spiele der Gastronomie zu. Der Handel sei auch wichtig, die Gastronomie und der Handel würden ineinandergreifen. Hierzu gehöre auch ein Parkkonzept. Die Gastronomie stehe hinter der Forderung, mehr Grün zu schaffen, dies würde die Stadt vom Stadtgarten über die Bocksgasse attraktiver machen. Man dürfe sich nicht nur auf Marktplatz konzentrieren, man müsse auch an anderer Stelle Gastronomie bieten. Man habe zu wenig Gastronomie, auch für junge Leute. Der ÖPNV, die Parksituation und die Attraktivität der Stadt müssten stimmen. Mit der grünen Urbanität habe man die Chance, Attraktivität zu schaffen und junge Leute nach Schwäbisch Gmünd zu ziehen. Man habe einen guten Ansatz und es sei eine gute Vorlage, die Stadt sei auf einem guten Wege.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW führt aus, dass man sich vergegenwärtigen müsse, wie man die Stadtplanung klimabewusst gestalten könne. Es gehe im Einzelfall darum, konkrete Maßnahmen zu beschließen. Auch im Hinblick auf den vorhandenen Bestand des Einzelhandels. Die Attraktivität der Stadt hänge vom Handel und der Gastronomie ab.

Stadtrat Preiß/CDU erkundigt sich, ob man beim Neubau von St. Anna darauf hinwirken könne, den Platz, der bisher als Parkplatz genutzt worden sei, als Grünfläche zu gestalten. Beim Bachlauf möchte er wenn dann einen mit genügend Wasser. Wichtig sei auch, dass man entsprechend Personal habe. Das Parkhaus solle aufgestockt werden. Er regt darüber hinaus an, die Wasserflächen so zu gestalten, dass diese bei Veranstaltungen abgeschaltet werden können. Grundsätzlich finde er die Idee des Wasserspielplatzes aber sehr gut. Beim Thema Marktplatz vertrete er die Meinung von Bürgermeister Mihm. Er selbst wohne in der Bocksgasse. Im Sommer gebe es maximal vier sehr heiße Tage. Er habe keine Klimaanlage und es sei auszuhalten. Bäume seien grundsätzlich aber sehr wichtig.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen entgegnet auf die Ausführungen von Stadtrat Preiß, dass es nicht um eine Aushalt-, sondern eine Aufenthaltsqualität gehe. Man sei sich einig, dass man ein Klima schaffe, von dem sowohl die Menschen, die dort wohnen als auch diejenigen, die herkommen, profitieren. Man diskutiere über den Marktplatz. Es stellt sich die Frage, wie man hier zu einer Entscheidung komme, wenn ein Dissens herrsche. Man solle versuchen, einen Konsens zu erreichen. Was-

serspielplätze seien eine großartige Sache. Beim Hardt solle zusätzlich ein Wasserspielplatz installiert werden. Man solle Bäume und Wasser verwirklichen, so steigere man die Aufenthaltsqualität und habe einen Kühlungseffekt. Zu den Bäumen auf dem Marktplatz regt er an, eine Visualisierung zu präsentieren, wie es mit Bäumen und Hütten aussehe. Er sei überzeugt, dass es gehe.

Stadtrat Kaiser/CDU äußert, dass es viele Vorschläge und viele Details seien. Er regt an, mit großflächigen Pflasterungen zu arbeiten, damit auch Kinderwägen, Rollstuhlfahrer, Rollatoren sowie Frauen mit Absatzschuhen problemlos durch die Stadt fahren bzw. gehen könnten. Er äußert, dass der Blauregen giftig sei und man lieber Wein einsetzen solle. Außerdem erkundigt er sich, ob man statt Zierobst auch Kulturpflanzen einsetzen könne.

Herr Köber antwortet, dass auch Kulturobst möglich sei. Dieses solle seiner Ansicht nach aber lieber dort vorgesehen werden, wo es auch herunterfallen könne. Bei den Kletterpflanzen gebe es unterschiedliche Meinungen. Die Kinder würden dort nicht hinkommen, aber man könne es ebenfalls berücksichtigen.

Stadträtin Neufeld/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass die Gattung der Pflanzen nicht giftig sei.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE äußert, dass man sich bei 90 bis 95 Prozent einig sei. Er regt jedoch an, Veranstaltungen nochmals genauer anzusehen.

Bürgermeister Mihm führt aus, dass eine Veränderung eines Platzes immer mit großen Herausforderungen verbunden sei. Er nennt das Beispiel Ludwigsburg, dort sei der Marktplatz großformatig gepflastert. In Ludwigsburg habe ebenfalls eine rege Diskussion stattgefunden mit dem Ergebnis, dass man den historischen Charakter des Platzes als räumliches Denkmal aufrechterhalten wolle. Daher habe man kleinere Bäume am Rand vorgesehen. Mit der grünen Urbanität habe man ein großes Arbeitsprogramm vor sich, das nicht sofort überall umgesetzt werden könne. Manche Projekte wie bspw. die Schmiedgassen, würden auch mit Förderprogrammen zusammenhängen. Bis man die letzten Bausteine realisiert habe, würden zehn bis fünfzehn Jahre vergehen. Man solle daher nicht die Frage nach dem Denkmalcharakter oder des Grüns auf dem Marktplatz in den Mittelpunkt stellen, sondern solle mit Augenmaß vorgehen. Er könne sich auf dem Marktplatz kleine Bäume vorstellen, jedoch keine großvolumigen Bäume. Die Bäume seien damals verschwunden, weil andere Dinge in der Innenstadt an Priorität gewonnen hätten. So seien Veranstaltungen und Events vor 30 Jahren noch kein Thema gewesen, jetzt seien sie aber sehr wichtig. Es sei kein Ringen um die Gestalt, sondern ein Ringen um die fachgerechte Funktionalität.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 67
nachrichtlich an Amt:

zu 2 Technische und energetische Hallenbewertung 2022
Vorlage: 018/2023

Protokoll:

Herr Caesar präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man auch bei der Klausurtagung des Gemeinderats über die Finanzen sprechen werde.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für die Vorstellung. Die Aufstellung sei positiv. Er bemängelt, dass die Unterlagen so kurzfristig zur Verfügung gestellt worden seien und bittet um Besserung.

Herr Ott antwortet, dass man die Vorlage erst so kurzfristig erhalten habe.

Stadtrat Bläse/CDU betont nochmals, dass man die Unterlagen früher erhalten wolle. Von 26 Hallen seien 10 schlechter als 3,5 bewertet. Man habe in den letzten Jahren zu wenig in die Instandhaltung investiert. Man fordere es jedes Jahr und müsse es einbringen. Es müsse nicht 1:1 die Reihenfolge sein, wie man es abarbeite. Gehe man immer an eine Halle und mache man das komplette Programm oder sage man, bei dem einen seien die Sanitäranlagen schlecht und packe es an? Klar sei, dass die Gebäudehülle im Gesamten angegangen werden müsse. Man solle mit einer kleineren Gruppe die Hallen abfahren und sich ein eigenes Bild schaffen.

Herr Caesar äußert, dass man tendenziell teilmodernisiere. Es gebe einzelne Ausnahmen in den Fällen, in denen man nicht länger warten könne.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man die Besichtigung anbiete. Er äußert außerdem, dass man den Beschluss auch am heutigen Tag fassen könne.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für den ersten Aufschlag. Er erkundigt sich, in welcher Halle es eine Lüftungsanlage gebe und ob dies bei Wärme und Strom berücksichtigt sei. Er bittet darum, die erneuerbaren Energien ebenfalls aufzulisten. Man müsse noch Vieles machen.

Herr Caesar antwortet, dass man das Thema der erneuerbaren Energien in allen Hallen angehen müsse.

Frau Zaneck äußert, dass man differenzieren müsse. Die Stadt wolle bis 2035 klimaneutral sein, hier würden viele Komponenten einfließen. -Man wolle den Beitritt zum Klimaschutzpakt Plus beschließen.

Stadtrat Schwab/SPD erkundigt sich, ob man die Hallenprojekte jeweils einzeln im Gremium entscheiden werde.

Herr Caesar antwortet, dass man alle zwei Jahre im Rahmen des Haushalts Beschlüsse fassen werde.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man Prioritäten setzen müsse, man könne nicht alles auf einmal angehen.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE äußert, dass die Priorisierungsliste im Vorfeld durcheinandergeraten sei. Er erkundigt sich daher, ob man sich auf die vorgestellte nun verlassen könne. Er kann nicht nachvollziehen, warum man die Hallen nicht auf die einzelnen Haushaltsjahre bereits eintakte.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass auch andere politische Entscheidungen einfließen würden, dies würden Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, wie z.B. die Mozartschule, die vom Umwandlungsprozess der Hauptschulen betroffen gewesen sei. Man habe daher nicht am Konzept von 2009 festgehalten.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen führt aus, dass man konkrete Maßnahmen aufgearbeitet haben wollte, es sei ein erster Schritt Richtung European Energy Award.

Frau Zanek äußert, dass der European Energy Award derzeit eine reine Begleitung sei. Man wolle sich zunächst auf das Maßnahmenpaket konzentrieren, die Zertifizierung erfolge erst danach und erst dann könne man Fördermittel erhalten. Man habe jedoch andere Fördermöglichkeiten. Herr Schelling sei beratend dabei.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW begrüßt die Sanierung, jedoch solle diese nur erfolgen, wenn generell eine Sanierung erforderlich sei. Alles andere, d.h. eine Sanierung aufgrund des Klimaschutzes, wäre dem Steuerzahler nicht zu erklären.

Frau Zanek führt aus, dass man vorbildlich vorgehen müsse, es sei ein wichtiger Baustein. Man müsse eine Priorisierung vornehmen und diese nach und nach abarbeiten.

Stadtrat Preiß/CDU äußert, dass es dem Gemeinderat obliege, wie man es mache. Man müsse sich die Frage stellen, ob man Kitas oder Hallen wolle. Daher wolle man eine Vor-Ort-Besichtigung. Man müsse auch die Frage klären, was an den Schulen noch gemacht werden müsse. Man habe viele Immobilien, die schlechter dastehen würden als die Hallen.

Stadtrat Christian Krieg/CDU bedankt sich für die Vorlage. Ein Sportstättenleitplan wäre noch wünschenswert für die Sportplätze. Er wünscht sich außerdem in den Hallen WLAN.

Stadtrat Maihöfer/CDU ist froh, dass man es nun angehe, die Hallen seien stiefmütterlich behandelt worden. Wichtig sei, dass man sich alles anschaue.

Stadtrat Schwab/SPD kann die Ausführungen von Stadtrat Vatheuer nicht nachvollziehen.

Bürgermeister Mihm führt aus, dass man die Daten zusammengeführt habe und man dann auf das Hallenthema gekommen sei, da man damit den größten Effekt erzielen könne.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW betont, dass er nicht gegen eine Sanierung sei, aber die Klimaneutralität dürfe nicht der Treiber sein.

Stadtrat Schwab/SPD äußert, dass sich die 1,6 % auf die gesamte Stadt, nicht auf die Stadtverwaltung beziehen würden. Die Hallen hätten daher einen großen Anteil, es sei daher klimapolitisch sinnvoll, die Hallen zu sanieren.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass alle das gleiche Ziel hätten.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 65
nachrichtlich an Amt:

zu 3 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 234 F II "Goldmorgen, 2. Änderung", Gemarkung Bettringen
- Aufstellungsbeschluss und Billigung Vorentwurf
Vorlage: 008/2023

Protokoll:

Herr Hackner führt in den Sachverhalt ein.

Frau Ott stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Stadtrat Tickert/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass es im Ortschaftsrat eine ausführliche Diskussion gegeben habe. Man werde die Wohnungsnot nicht lindern, treffe damit aber einen Zeitgeist. Der Ortschaftsrat habe grundsätzlich zugestimmt. Die Photovoltaikanlage sei auch wichtig. Es sei ein sehr sensibler Ort, man sei nur ein paar Meter vom Naturschutzgebiet weg. Wichtig sei, dass es sich die Baumkommission anschau. Es dürfe kein Zweitwohnsitz sein, hier müsse man darauf achten. Es dürfe keine Freizeitlaube werden. Die Entwässerung sei dem Ortschaftsrat auch wichtig.

Stadträtin Weiß/CDU bedankt sich für die Ausführungen. Es löse nicht die Wohnungsnot, aber neue Wege zu gehen sei grundsätzlich positiv. Man mache heute den ersten Schritt durch die Aufstellung des Bebauungsplanes, dies finde man gut. Wenn kleine Wohnungen erschwinglich und mit wenig Flächenverbrauch kommen würden, sei dies gut. Es sei ein sensibles Gebiet, man müsse vorsorglich mit der Planung umgehen. Es sei ein großes Naherholungsgebiet. Die Nachfrage nach Wohnungen sei groß und sicherlich auch dort vorhanden, daher könne man den Weg gehen. Man begrüße es und freue sich auf eine baldige Umsetzung.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für die Ausführungen. Die PV-Anlage sei sehr positiv. Gestalterisch könne man hier sicherlich noch nachbessern, eine im Dach inkludierte Anlage sei hier am besten, alternativ die gesamte Fläche und nicht nur Teilflächen. Die Effektivität werde nur gering beeinträchtigt, wenn es nicht optimal ausgerichtet sei. Es sei aktuell eher eine Streuobstwiese und keine Kleingar-

tenanlage. Er erkundigt sich, ob diese Flächen als Biodiversitätsflächen gelten würden und ob man diese nicht unter besonderen Schutz stellen müsse. Wenn ja, müsse dies in den Bebauungsplan einbezogen werden. Über zehn Bäume müssten gefällt werden, dies halte er für so eine kleine Anlage nicht erforderlich. Der Gedanke des Tiny-Houses sei positiv. Er schlägt vor, diese in Holzständerbauweise umzusetzen mit KfW-40-Standard.

Stadtrat Zengerle/SPD hat Bedenken bezüglich der Schattenbildung, außerdem werde die PV-Anlage nur wenig Energie erzeugen.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE äußert, dass man von zehn Personen spreche. Das Wohnraumproblem, v.a. der bezahlbare Wohnraum sei nicht gelöst. Die Häuser seien nicht nachhaltig im Vergleich zu vergleichbaren Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Die PV-Anlage bringe nicht so viel. Um KfW40 umzusetzen, bräuchte man Häuser mit einer guten Dämmung. Die Häuser auf dem Markt hätten jedoch geringe Dämmungen. Er erkundigt sich nach den Pachtfristen und möchte wissen, was passiere, wenn die Pachtfrist abgelaufen sei.

Herr Hackner äußert, dass man die Erbpacht beraten habe. Diese bestehe für 25 Jahre mit Verlängerung der Option um fünf Jahre. Der Erbpachtzins werde entsprechend berechnet, es seien wenige hundert Euro pro Jahr. Nach dieser Zeit müsse man neu verhandeln.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen erkundigt sich, ob es bereits Interessenten gebe und wie die Parzellen verteilt werden würden. Außerdem möchte sie wissen, was ein Tiny-Haus mittlerer Art und Güte koste, ob es eine Beschränkung der Personenanzahl gebe und wie die Häuser beheizt werden würden.

Herr Hackner antwortet, dass es über die PV-Anlage erfolge. Details habe man bisher noch nicht festgelegt.

Herr Ott äußert, dass man mit Herstellern gesprochen und Standard-Themen abgefragt habe. In den meisten Fällen gebe es eine Wärmepumpe in Verbindung mit einer Fußbodenheizung. Die Kosten würden von der Größe des Hauses abhängen, bei 30 Quadratmetern komme man bei einer einfachen Ausführung auf 30.000 Euro, die teureren Modelle würden 80.000 Euro kosten.

Herr Hackner äußert, dass man den Ortschaftsrat in die Vergabe mit einbeziehen werde.

Frau Ott führt aus, dass es eine Liste mit 300 Interessenten gebe, diese würden aus ganz Deutschland kommen, überwiegend aber aus der Großregion Stuttgart. Die Vergabe der Bauplätze wolle man der Stadt überlassen.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass der Ortschaftsrat wie immer eine Prioritätenliste mache.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW erkundigt sich, ob es an das öffentliche Versorgungsnetz angebunden sei.

Frau Ott führt aus, dass es ein Wohngebiet wie jedes andere auch sei, auch baurechtlich seien es normale Wohngebäude.

Stadtrat Kaiser/CDU äußert, dass es eine sehr lockere Bebauung sei und die Bewohndichte unter 25 liege. Der Regionalverband gehe von 40 aus. Er könne sich auch eine Bemaßung von fünf auf sechs Metern vorstellen.

Frau Ott antwortet, dass die Standardmaße vier auf acht Meter seien.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass letztlich die Frage sei, ob man so ein Gebiet wolle oder nicht. Wenn weniger strikte Regelungen gewünscht werden würden, nehme man es auf.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

zu 4 Radweg Schwäbisch Gmünd - Mutlangen
hier: Vergabebeschluss
Vorlage: 013/2023

Protokoll:

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass er sehr gespannt sei, wer die Steilstrecke gerne fahre. Aber dies habe man bereits diskutiert. Er erkundigt sich, warum der Mutlanger Anteil gesunken sei.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies prüfen werde.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE äußert, dass der Erstbietende mehr als eine Dreiviertel-Million günstiger sei als der Zweitbietende und es die Kostenberechnung von vor einem Jahr unterschreite. Der Erstbietende sei auch in der Vergangenheit bereits durch umfangreiche Nachträge aufgefallen. Er erkundigt sich, ob man sich auf das Angebot verlassen könne oder ob man das Risiko eingehe, dass es teurer werde. Außerdem möchte er wissen, ob vertraglich festgelegt sei, dass die Fertigstellung noch 2023 erfolge. Eine Beleuchtung habe man aus ökologischen Gründen abgelehnt. Er erkundigt sich, ob es sinnvoll wäre, Leerrohre zu verlegen.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass man Leerrohre verlegen werde. Das Angebot sei wirtschaftlich.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man den Vertrag nochmals prüfen werde.

Stadtrat Bläse/CDU äußert, dass man in diesem Fall die so oft geforderte öffentliche Ausschreibung gehabt hätte, nun einen guten Preis hätte und es jetzt wieder kritisch gesehen werde. Man solle es erstmal abwarten. Man sei für die Vergabe und auch dafür, dass man schnell beginne. Man solle den Radweg bauen und wenn man ihn im Winter nutze, dann werde man ihn auch räumen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66
nachrichtlich an Amt:

zu 5 Bekanntgaben

Protokoll:

Keine.

zu 5.1 Monitoring von Pflanzgeboten und Ausgleichsmaßnahmen

Protokoll:

Herr Hackner präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

zu 6 Anfragen

Protokoll:

Keine.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: